Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 53 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 2000.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Freitag, den 16. März 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 40.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 150.— Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 100.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Brüsseler Konferenz zwischen Poincaré und Theunis hat zu dem Beschluß geführt, das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der deutschen Leistungen zu räumen.

* Der französische Ingenieur Coste wird seinen Posten als Chef der Ingenieurkommission im Ruhrgebiet verlassen und durch Berghauptmann Frantzen aus dem Saargebiet ersetzt werden.

* Der Mord in Buer ist allen Zeugenaussagen zufolge von zwei französischen Soldaten verübt worden. Dennoch drohen die Franzosen, bei einem neuen Mord den Oberbürgermeister zu erschießen.

* Die französischen Truppen im Ruhrgebiet sollen um 20 000 Mann verstärkt werden.

* Die Gerüchte, daß die Franzosen die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt planen, werden von anderer Seite in Abrede gestellt.

* Die Reichsregierung hat in Paris auf das schärfste gegen die Bluttaten in Buer und gegen die Bedrohung des dortigen Oberbürgermeisters mit Erschießen protestiert.

* Auf einer Versammlung der Arbeitgeberverbände in Berlin kam der geschlossene Wille zum Abwehrkampf erneut zum Ausdruck.

* Der Reichstag nahm in dritter Lesung die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe auf insgesamt 3000 % an.

* Der französische Kriegsminister hat erklärt, daß Frankreich die Besatzungsarmee im Ruhrgebiet durch 15 000 Mann verstärken werde.

* Im englischen Unterhause wurde erneut über die Ruhrfrage debattiert. Die Regierung behielt dabei nur eine sehr geringe Mehrheit.

Die Krise naht!

Einen Augenblick stand jedem Deutschen, der das las, fast das Herz still: Der Kriminalbeamte **Burckhoff** und der Elektromonteur **Wittershagen** sind in **Buer** nach fürchterlichsten Mißhandlungen erschossen worden als die angeblichen Mörder der beiden französischen Offiziere; oder, weil sie — gegen die Verordnungen über den Nachtverkehr verstoßen hätten. Auf den Kopf des Erschossenen krachen die Kolbenhiebe nieder. Die Franzosen hatten befohlen, daß die Bewohner der nächsten Häuser die Fenster zu schließen hätten, kein Licht brennen dürften. Aber durch die Fenster in die Dunkelheit hinein gellen die Schreie der Mißhandelten, blitzen die Schüsse der Mörder. Einen Augenblick stockt der Herzschlag eines jeden Deutschen. Einen Augenblick nur; dann wallt es heiß empor. Durch die Straßen von Buer pfeifen französische Kugeln, schlagen in deutsche Leiber. Schützt sie mit allen anwendbaren Mitteln; das ist höchste Pflicht des Staates!

Natürlich starben Herrn General **Degoutte** die beiden Franzosen sehr gelegen. Das Ruhrgebiet ist ein Vulkan, der täglich ausbrechen kann. Darum ruft er nach **Verstärkungen**. Mit 50 000 Mann rückte er ein; jetzt hat diese „Schutzwache der Ingenieurkommission" die 200 000 schon weit überschritten. Das genügt nicht, die Nerven zittern, reißen. Man steht Unfaßbarem gegenüber, Unüberwindlichem, sieht aber keinen Ausweg mehr aus der Sackgasse. Darum sollen **Frankfurt** und **Darmstadt** besetzt werden, um die deutsche Regierung, den deutschen Widerstand zum Zusammenbrechen zu zwingen; die **Mainlinie**, damit die Trennung Norddeutschlands von Süddeutschland, ist ja schon vor einiger Zeit als die nächste Etappe des französischen „Siegeszuges" bezeichnet worden.

Man hat die Nerven verloren bei diesem „Siegeszug", wo es keinen Gegner gibt, den man besiegen kann. Darum muß man vorwärts; **Poincaré** und die Chauvinisten kämpfen um ihr politisches Dasein, müssen „Erfolge" aufweisen. Es ist sehr wohl möglich, daß Belgier und Franzosen bei ihren **Beratungen in Brüssel**, wie die in französischem Fahrwasser segelnde, stets gut unterrichtete „Chicago Tribune" mitteilt, gar nicht dazu gekommen sind, das Reparationsprogramm zu beraten, sondern das hinausgeschoben zu haben auf eine demnächstige Konferenz in **Paris**. Sie hatten andere Sorgen: die deutschen Kohlen, den Koks herauszuholen, die Eisenbahnfrage zu regeln und sich auf repressive Maßnahmen und „Sanktionen" zu einigen im Falle neuer „Attentate" auf die Besatzungstruppen. Und sich feierlich zu versprechen, nicht eher aus dem neubesetzten Gebiet zu gehen, als Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt hat. Und bis Deutschland Garantien dafür gegeben hat, daß den deutschen Staatsbürgern nichts geschieht, die mit den alliierten Behörden zusammengearbeitet haben. Also z. B. jenen Verbrechern, die die beiden Deutschen in Buer aus **Rache** als „Mörder" den französischen Henkern denunzierten.

Das alles klingt nicht gerade nach großen „Erfolgen", sind keine Siegesfanfaren. Und **einen Rückzug** hat man doch schon antreten müssen: die Absicht, den Versailler Vertrag einfach zu zerreißen und neue Bestimmungen zwischen Belgien und Frankreich zu vereinbaren, denen sich Deutschland ungefragt zu unterwerfen habe, bei deren Aufstellung aber **England** gar nicht gefragt werden solle, hat die englische öffentliche Meinung doch hellhörig gemacht. Das sei ein Bruch der Entente, ja geradezu ein feindlicher Akt. Und die „Chicago Tribune" teilt deshalb mit, daß zu jener neuen Konferenz in Paris auch Italien, England und Japan eingeladen werden sollen. Allerdings hofft man, dabei dann eine radikale Änderung des Versailler Vertrages herbeizuführen, vor allem natürlich, die andern Alliierten dazu veranlassen zu können, die Besetzung des Ruhrgebietes gutzuheißen.

Ein deutlicher Rückzug also, der noch unterstrichen wird durch einen scharfen Artikel des regierungsoffiziösen Pariser „Temps"; er wendet sich gegen jene, die schon heute die Vorlegung eines **Programms** an Deutschland verlangen. Die Forderungen, die man stellen werde, hätten sich vielmehr je nach der Lage zu richten, die sich ja jeden Tag ändern könne. Das ganze Problem gewinnt also doch allmählich einen internationalen Charakter, und gewinnt ihn immer stärker, je unlösbarer es durch das belgisch-französische Vorgehen im Ruhrgebiet wird. **Bonar Law** hat ja selbst oft genug betont, daß dieses Vorgehen zu einem Mißerfolg führen muß, und es bedeutet ein Zeichen der Schwäche, wenn Poincaré sich neulich jede auswärtige Intervention verbat, die niemand ins Auge gefaßt hatte. Vor allem England nicht. Das will und kann **warten**.

Die Krise naht. Das fühlt auch Poincaré, fühlen auch seine chauvinistischen Militärs. **Maginot**, der französische Kriegsminister, reiste selbst ins Ruhrgebiet und hielt eine Parade ab vor den riesigen Kohlenstapeln. So à la Napoleon vor den Pyramiden. Und der errang damals über den Gegner einen leichten Sieg, aber er erlahmte allmählich am Widerstand, ein halbes Jahr später zog er es vor, nach Frankreich zurückzugehen. Die Krise naht. Deutschland, bleibe hart, fest gekittet durch das Blut deiner Söhne!

Dr. Pr.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Austritt des Abg. Geisler aus der Volkspartei.

Der Reichstagsabgeordnete **Geisler** hat an die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zu Händen ihres zweiten Vorsitzenden ein Schreiben gerichtet, in welchem er seinen **Austritt** aus der Reichstagsfraktion erklärt, und zwar mit Rücksicht auf eine Mitteilung über seine Differenzen mit der Partei, die er als Durchbrechung einer getroffenen Vereinbarung sowie als eine unvollständige und völlig einseitig gefärbte Darstellung bezeichnet und auf den Abg. Dr. Stresemann zurückführt.

Der Abbau der Postverwaltung.

Im Hauptausschuß des Reichstages teilte ein Vertreter des Finanzministeriums mit, daß die Reichsfinanzverwaltung bisher bereits 11 200 Postbeamte übernommen hat, obwohl auf Grund der bestehenden Staatsverträge mit den Ländern ein gesetzlicher Zwang zur Übernahme der Beamten nicht ausgeübt werden kann. Im allgemeinen haben sich die Postbeamten in der Finanzverwaltung gut bewährt.

Aktiengesellschaften und Dollarschatzanweisungen.

Nachdem der Reichstag und der Reichsrat dem Gesetz über die Anlegung gesetzlicher Reserven der Aktiengesellschaften in Dollarschatzanweisungen ihre Zustimmung erteilt haben, sind Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien **verpflichtet**, das Aufgeld, das sie bei der Ausgabe junger Aktien erzielen, nach Abzug der entstehenden Kosten dem gesetzlichen Reservefonds zuzuführen. Das angenommene Gesetz bestimmt nun, daß eine Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien, die aus diesem Besitz **Verluste** infolge Rückganges des Dollarkurses erleidet, diesen Verlust von gesetzlichen **Reservefonds** abschreiben darf. Diese Abzugsmöglichkeit ist auf den Betrag begrenzt, der in den Reservefonds auf Grund einer nach dem 1. Oktober 1922 beschlossenen Erhöhung des Grundkapitals als Aufgeld bei Ausgabe neuer Aktien eingestellt worden ist.

Abbau der Kohlenpreise.

Der Steuerausschuß des Reichstages beriet über den **Kohlensteuergesetzentwurf**. Dabei erklärte der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, er **erkenne die Notwendigkeit, an einen Abbau der Kohlenpreise heranzutreten, an.** Eine Besprechung zu diesem Zweck findet schon in den nächsten Tagen zwischen dem Reichsfinanzminister, Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister statt. Eine Abschwächung der Kohlensteuersätze von 40 auf 20 % sei für die Regierung unannehmbar.

Aus In- und Ausland.

Berlin. An Stelle des verunglückten deutschen Gesandten in Chile, v. Erckert, ist der deutsche Gesandte in Montevideo, **Graf Spee**, zum Gesandten in Chile ernannt worden.

Berlin. Reichskanzler Cuno hat an den oldenburgischen Ministerpräsidenten Tantzen ein Schreiben gerichtet, worin er im Interesse der geschlossenen Abwehrfront eine Verschiebung der für den Sommer in Aussicht genommenen **Landtagswahlen** vorschlägt.

Berlin. Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium haben das Resultat gezeitigt, daß den **Beamten** am 19. März das laufende Gehalt gezahlt wird. Ebenso erhalten die **Staatsarbeiter** einen Vorschuß in Höhe von zwei Wochenlöhnen.

Koblenz. Über die Stadt wurde der **Ausnahmezustand** verhängt, weil auf die sonderbündlerische **Gutenbergdruckerei** zum dritten Male ein Angriff ausgeführt worden ist. Die Druck- und Setzmaschinen wurden diesmal vollständig zerstört.

Gießen. Der Senat der Universität Gießen hat einstimmig zu **Ehrensenatoren** ernannt: Bürgermeister Adelung aus Mainz und Reichstagsabgeordneten Pfarrer Korell aus Nieder-Ingelheim.

London. In Irland wurden Schriftstücke beschlagnahmt, die das Vorhandensein einer weit verzweigten **Verschwörung gegen Krone und Staat** vermuten lassen. Bei der Explosion einer **Mine** in der Grafschaft Kerry wurden fünf gefangene Aufständische und zwei Offiziere getötet.

Sofia. Die bulgarische Regierung hat die **Deputiertenkammer aufgelöst**. Die Neuwahlen werden in Kürze stattfinden. Die Neubildung des Kabinetts steht bevor.

Moskau. Der Fehlbetrag des **russischen Budgets**, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres 180 000 000 Goldrubel betrug, wird sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres auf 150 000 000 verringern.

Berlin. Der **Erholungsurlaub** der Reichsbeamten ist durch Beschluß der Reichsregierung für das Jahr 1923 in gleicher Höhe wie für 1922 festgesetzt worden.

Berlin. Der Journalist **Walter Oehme**, gegen den das bekannte Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Landesverrats schwebt, ist in Haft genommen worden.

Berlin. Der preußische Staatskommissar für Volksernährung hat im Anschluß an das Vorgehen des Reiches zur **Verbilligung der Milch** für Kinder besonders bedürftiger Familien für die nächsten Wochen rund 2 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt.

München. Der Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags hat den sozialdemokratischen Antrag auf Besichtigung der Anstalt **Niederschönenfeld** abgelehnt und beschlossen, die Ausgaben des Ausschusses als **beendet** zu erklären.

München. Der kommunistische Abgeordnete **Eisenberger**, gegen den ein Hochverratsverfahren eingeleitet war, ist seit einigen Tagen flüchtig. Wie verlautet, soll er sich nach Sowjetrußland begeben haben.

Paris. Die französische Regierung hat eine Mitteilung der **litauischen Regierung** erhalten, daß diese formell die **Entscheidung** der Botschafterkonferenz über **Memel** annimmt.

Dublin. An einem der letzten Tage wurden in Irland **sieben Hinrichtungen** vorgenommen. Eine Anzahl irischer Extremisten konnte sich in London der Verhaftung entziehen.

Deutscher Reichstag.

(318. Sitzung.) *CB.* Berlin, 13. März.

An der Spitze der heutigen Tagesordnung stand die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des **Reichsversorgungs-Gesetzes, Altrentner-Gesetzes, Kriegspersonenschädengesetzes** und **Offiziers-Pensionsgesetzes**. Mit der Vorlage werden die Renten der Geldentwertung entsprechend erhöht. Ferner soll eine Zusatzrente nach dem gleichen Grundsatz gewährt werden, wie dies bisher für die Zahlung von Teuerungszuschlägen gelte. Die Teuerungszulage soll mit den Teuerungszuschlägen der Beamten steigen. Sie beträgt jetzt nach dem Entwurf 395 %. Für die unter 25 % in der Erwerbslosigkeit geminderten Beschädigten soll die laufende Rente fortfallen und an ihre Stelle eine einmalige Abfindung treten.

Abg. **Berthelé** (Komm.) bedauerte, daß die Renten so lange Zeit auf dem alten Tiefstand geblieben seien. Die neue Vorlage könne die Kriegsbeschädigten auch nicht befriedigen. In anderen Ländern, selbst in dem verelendeten Österreich, sei für die Kriegsbeschädigten weit besser gesorgt.

Abg. **Thiel** (Deutsche Volksp.) gab namens der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten die Erklärung ab, diese Parteien würden sich dies gründliche Beratung der Vorlage für den Ausschuß vorbehalten.

Abg. **Weier-Zwickau** (Soz.) betonte ebenfalls, daß die Ausschußberatung Gelegenheit bieten werde, auf die Einzelheiten der Vorlage einzugehen.

Darauf wurde die Vorlage einem Ausschuß überwiesen. Das gleiche geschah mit einem zweiten Gesetzentwurf, der die weitere **Entlastung der Gerichte** betrifft. Nach der Vorlage werde die Zuständigkeitsgrenze erhöht für Gemeindegerichte von 1000 auf 30 000, für Amtsgerichte von 10 000 auf 300 000. Die Wertgrenze für Revisionen beim Reichsgericht wird von 20 000 auf 500 000 Mark erhöht. Die Regierung wird ermächtigt, im Falle einer wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse die im Gesetz vorgesehenen Grenzen mit Zustimmung des Reichsrates anderweitig festzusetzen. Diese Vorlage ging ohne weitere Aussprache dem Rechtsausschuß zu.

Abg. Eichhorn (Komm.) trat für den sozialdemokratischen Antrag ein. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt und Artikel 7 in der Ausschußfassung angenommen. Danach wird der Depotzwang und das Kundenverzeichnis der Banken beseitigt. Die Auskunftspflicht der Banken auf besonderes Verlangen der Steuerbehörde bleibt bestehen.

Abg. **Peine** (Soz.) empfahl darauf eine Entschließung seiner Freunde, die eine Steuerreform mit einer nach dem Vorbilde der Lohnsteuer vereinfachten Erhebungsform verlangt.

Abg. **Helfferich** (Deutschnat.) entgegnete, man habe die Lohnsteuer stets als so ungerecht bekämpft, dann könne man sie doch nicht vernünftigerweise zum Vorbilde von allen Steuern machen.

Abg. **Koenen** (Komm.) bezeichnete den Gedanken, das System der Lohnsteuer auf die Besitzenden auszudehnen, als Utopie. Der Redner beantragte eine kommunistische Entschließung, wodurch die Verwirklichung der Forderung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf **Erfassung der Sachwerte** verlangt wird.

Die Abstimmung über die Entschließung wurde ausgesetzt. Darauf vertagte das Haus die 3. Beratung der Vorlage auf Donnerstag.

(319. Sitzung.) *CB.* Berlin, 14. März.

Bei der Abstimmung über die Wohnungsbauabgabe war gestern in 2. Lesung keine Mehrheit für einen der verschiedenen Anträge erzielt worden. Heute begann nun die dritte Lesung des

Gesetzes über die Wohnungsbauabgabe.

Abg. **Leopold** (Deutschnat.) ersuchte um Ablehnung des § 1a, in dem Arbeitgeber bei Errichtung gewerblicher Räume verpflichtet werden, Arbeiterwohnungen zu errichten.

Abg. **Marezki** (D. Volksp.) fordert die bürgerlichen Parteien auf, die Bestimmung abzulehnen, nach der aus den Mitteln der Abgabe auch gemeinnützige Bauunternehmungen unterstützt werden können. Die Volkspartei könne der Vorlage nicht zustimmen, wenn die sozialen Baugenossenschaften einseitig unterstützt werden sollten.

Die Abgeordneten **Tremmel** (Zentr.) und **Obermeyer** (Soz.) traten für die Aufrechterhaltung des § 1a ein. Abg. **Obermeyer** (Soz.) und der Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** erklärten, eine einseitige Förderung der sozialen Baugenossenschaften sei durchaus nicht ins Auge gefaßt. Beim Hauptpunkt der gesamten Vorlage war bei der 2. Lesung eine Lücke geblieben. Diese Lücke wurde heute ausgefüllt durch die Annahme eines Antrages **Bahr** (Dem.), **Tremmel** (Zentr.) und Genossen:

„Die Abgabe beträgt vom 1. Januar 1923 bis zum 31. Dezember 1924 1500 % des Nutzungswertes." Gegen diesen Antrag stimmten die Deutschnationalen und Kommunisten. Da die Gemeinden die Abgabe in gleicher Höhe erheben, beträgt nach diesem Beschluß die Wohnungsbauabgabe 3000 % der Friedensmiete.

Eine Kundgebung der Arbeitgeber.

Einheitsfront mit den Arbeitern gegen Frankreich.

Im früheren Herrenhause in Berlin trat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung zusammen. Anwesend waren u. a. Reichskanzler Dr. Cuno und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Der Versammlung wurde eine Resolution vorgelegt, in der gelobt wird,

in unerschütterlicher Treue zu den Ruhrkämpfern

zu stehen und ihnen jede Erleichterung zu gewähren. Auf Gedeih und Verderb sind alle deutschen Arbeitgeber mit Rheinland und Westfalen und seinem Schicksal verbunden. Über eine Abtrennung oder Unterwerfung dieses Gebietsteils unter fremde Gewalt kann es keine Erörterung, kein Verhandeln geben. — Die Versammlung wurde vom Reichstagsabgeordneten Dr. Sorge eröffnet, der u. a. erklärte: Die ruhige und feste Haltung der Arbeiter und Angestellten beweist ihre Zustimmung zu dem Verhalten der Werksleiter. Hinter diesem Gedanken des einmütigen Widerstandes müssen

alle Gegensätze zurücktreten,

bis wir wieder Herr im eigenen Hause sind. Vaterlandsverrat bedeutet jeder Versuch, die Klassengegensätze jetzt zu stärken. Wir richten jetzt schon, so sagte er, den Appell an die Arbeiterschaft, lügnerische Gerüchte nicht zu glauben, sondern Klärung von uns herbeizuführen. — Dann ergriff der Reichsarbeitsminister Brauns das Wort. Er betonte, daß die Meinungsgegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oft sehr stark gewesen seien, namentlich auch gegenüber den neuen Wegen, die die Sozialpolitik mit Arbeits- und Tarifgemeinschaften und mit dem Umbau der Arbeitsorganisation eingeschlagen habe. Dabei möchten beide Teile von ihrem Standpunkt aus vollkommen recht gehabt haben. Sache der Reichsregierung sei es jedenfalls gewesen, einen mittleren Weg zu finden. Daß jetzt der einmütige Widerstand beider Teile dem Einbruch der Feinde entgegengesetzt werden könne, beweise, daß der Weg der Regierung in seinen großen Linien der richtige gewesen wäre.

England und die Ruhrfrage.

Neue Aussprache im Parlament.

Das Unterhaus beschäftigte sich bereits zum fünftenmal in der bisherigen Sitzungsperiode mit der Ruhrbesetzung. Die Debatte fand statt aus Anlaß eines von Simon begründeten Antrages, in dem als Protest gegen die Regierungspolitik passiven Abwartens eine Herabsetzung der Ausgaben für das Auswärtige Amt gefordert wurde. Dieser Antrag wurde mit 249 gegen 201 Stimmen der Arbeiterparteiler, der Liberalen und der Nationalen Liberalen abgelehnt.

Das mußte bei der Zusammensetzung des Unterhauses als selbstverständlich gelten, aber die Londoner Blätter weisen auf die geringe Mehrheit der Regierung bei der Abstimmung hin. Es ist

die geringste Mehrheit,

die die jetzige Regierung jemals in einer wichtigen Frage erhalten hat. Zahlreiche Konservative haben sich der Abstimmung enthalten. Das ist ein Beweis dafür, daß man in weiten Kreisen der politischen Welt in England mit der Zauderpolitik Bonar Laws in der Ruhrfrage durchaus nicht einverstanden ist. Die lange Debatte hat das deutlich bewiesen. Die Meinungen sind allerdings geteilt, rechts fordert man den Anschluß Englands an die Aktion Frankreichs, bei den andern Parteien fordert man eine Intervention. Im Laufe der Debatte erklärte Unterstaatssekretär Mac Neill, wenn die Regierung sich auch des

furchtbaren Ernstes der Lage

voll bewußt sei und anerkenne, daß die Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade noch zugenommen hätten, so sei sie doch ebenso ängstlich wie bisher darauf bedacht, die Freundschaft mit Frankreich, wenn möglich, aufrechtzuerhalten. Simon, Fisher und Asquith forderten die Regierung dringend auf, das Ruhrproblem dem Völkerbund zu unterbreiten, und betonten, daß die jüngste Entwicklung den britischen Handel ernstlich behindere. Asquith insbesondere betonte, alles was Poincaré erst im vergangenen Sommer auf der Londoner Konferenz gesagt habe, sei über Bord geworfen worden. Es scheine wirklich kein Grund zu bestehen, weshalb die Franzosen nicht nach München und möglicherweise auch nach Berlin gehen sollten. Sie erstrebten mit ihrem Abenteuer Reparationen und Sicherheit, beides Ziele, die berechtigt seien, vorausgesetzt, daß die dabei benutzten Mittel durch den Vertrag von Versailles sanktioniert würden und außerdem, daß sie wirksam seien.

Im ganzen genommen, hat also auch diese fünfte Parlamentsdebatte weder die Meinungen noch die Haltung Englands in der Ruhrfrage geändert.

Chronik der Gewalttaten.

— Der französische Kommandant in Offenburg verlangte, daß die Kasernengebäude geräumt werden müßten. Gegenwärtig wohnen 170 Familien dort, und bei der herrschenden Wohnungsnot wird es völlig unmöglich sein, die Familien anderweitig unterzubringen. Die Betroffenen werden also buchstäblich auf die Straße gesetzt.

— Beim Einlaufen eines Arbeiterzuges im Bahnhof Friedrichsfeld in Ludwigshafen verhafteten die Franzosen 30 Arbeiter, die gezwungen wurden, mit dem Gesicht nach der Wand gewendet Aufstellung zu nehmen, und in dieser Stellung sechs Stunden lang zu verharren.

— Die Propaganda der Franzosen, um das Eisenbahnpersonal zur Wiederaufnahme des Dienstes zu bewegen, geht weiter, so namentlich in Frankenthal, Ludwigshafen und in Schifferstadt, wo französische Eisenbahner dem deutschen Personal erklären, in den nächsten Tagen würden die deutschen Eisenbahner wiederum aufgefordert werden, Dienst zu tun, widrigenfalls sie ausgewiesen oder aus ihren Wohnungen vertrieben würden.

— Der stellvertretende Landrat des Kreises Dortmund-Stadt, Göppert, wurde wegen Verweigerung der Ausführung von Requisitionsbefehlen zu 10 Millionen Geldstrafe verurteilt. Beantragt waren 4 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Geldstrafe.

— In Essen wurden auf allen Kreuzungen der Hauptstraßen Doppelposten aufgestellt, auch im Innern der Stadt, die sonst von Militärposten freigeblieben war.

— Die drei in Buer ermordeten Deutschen mußten auf Befehl des französischen Generals am frühen Morgen in aller Stille beerdigt werden, während die beiden ermordeten französischen Offiziere im Rathause prachtvoll aufgebahrt wurden.

— Der Güterzug Wanne—Bottrop wurde von den Franzosen beschossen, da er trotz sofortigen Bremsens nicht sogleich zum Halten zu bringen war. Der Lokomotivheizer wurde schwer verwundet.

— In Düsseldorf drangen die Franzosen in das Regierungsgebäude ein und beschlagnahmten einen größeren Geldbetrag. Der Kassierer der Regierungshauptkasse wurde festgenommen.

— Die Franzosen sind dazu übergegangen, in deutscherseits betriebene Fernsprechleitungen nach dem unbesetzten Gebiet geheime Abhörvorrichtungen einzuschalten, um auf diese Weise Gespräche zu belauschen und für ihre Zwecke nutzbar zu machen.

— Auf Befehl des Kommandierenden Generals der französischen Rheinarmee müssen alle Familien (Frauen und Kinder) der durch die französischen Behörden ausgewiesenen Schutzpolizeibeamten die besetzten Gebiete innerhalb von acht Tagen verlassen.

Preistreiberei der Kartelle.

Eine Mahnung des Reichswirtschaftsministers.

Der Reichswirtschaftsminister hat den Spitzenverbänden von Handel, Industrie, Handwerk und Konsumgesellschaften ein Rundschreiben zugehen lassen, in welchem er darauf hinweist, daß vielfach den Verkäufern, vor allem ihren Organisationen, den Kartellen, vorgeworfen werde, daß die von ihnen festgesetzten Preise nicht mehr als angemessen bezeichnet werden könnten.

„Ich bin nicht gewillt," so heißt es in dem Schreiben, „Auswüchse der Kartellgewalt, insbesondere hinsichtlich der Preisfestsetzung zuzulassen. Ich bitte deshalb, mir unverzüglich diejenigen Kartelle zu benennen, deren Verhalten mit den Vorschriften gegen Preistreiberei in Widerspruch steht, und mir die diesbezüglichen Unterlagen zu übersenden, sofern sie eine Nachprüfung notwendig machen und ermöglichen."

Außerdem macht der Minister darauf aufmerksam, daß es erforderlich erscheint, alle auftretenden Streitigkeiten im Wege gegenseitigen Verständnisses und Entgegenkommens zu regeln. Schlichtungsstellen, insbesondere die Kartellreinigungsstelle, stehen zu diesem Zwecke zur Verfügung.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 16. März 1923.

□ **Postalisches.** Es sind wieder zugelassen worden: Postanweisungen aus Deutschland nach der Schweiz, Meistbetrag 1000 Frank, und Postaufträge und Nachnahmen aus der Schweiz nach Deutschland, Meistbetrag 750 000 Mark.

□ **Das Reisegepäck am Grenzzollamt.** Bei Reisen ins Ausland (über die deutsche Zollgrenze) müssen sich die Reisenden auch beim deutschen Grenzzollamt zur zollamtlichen Behandlung ihres Gepäcks einfinden, auch dann, wenn das Gepäck bereits vorabgefertigt ist. Die Bescheinigung des Zollamts über die Vorabfertigung enthält den Vermerk: „Diese Bescheinigung ist beim Grenzzollamt vorzulegen." Eine Nachprüfung des vorabgefertigten Gepäcks findet nur in Ausnahmefällen statt. Wenn diese Vorschriften nicht beachtet werden, bleibt das Gepäck an der Grenze zurück, und die Weiterleitung ist mit Umständen verbunden.

□ **Ein neuer Zonentarif im Paketverkehr.** Die Reichspostverwaltung will von einer weiteren Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren Abstand nehmen. Dagegen soll zum 1. April eine Neuerung im Paketverkehr eingeführt werden, und zwar eine dritte Zone. Für die ersten beiden Zonen werden die bisherigen Sätze beibehalten, dagegen wird für die dritte Zone ein höherer Tarif eingeführt. Dafür soll am 1. April das Paketbestellgeld und das Paketaufgabegeld in Wegfall kommen.

\+ **Halver,** 15. März. Die Frist zur Abgabe der Gewerbesteuer-Erklärungen ist auf Antrag der Gewerblichen Mittelstandsvereinigung bis zum 31. März 1923 verlängert worden.

\+ **Halver,** 15. März. An der Oberrealschule in Lüdenscheid bestanden die Schüler Arnold Kerspe, Halver und Helmut Höngen, Halver die Reifeprüfung. Ferner erwarben am Realgymnasium das Einjährigen-Zeugnis Hans Stork, Halver und Paul Dahlhaus, Hürxtal.

= **Schwenke,** 15. März. Ein böser Unglücksfall stieß Herrn Gust. Ebbinghaus von hier zu. Als selbiger sich am Montag abend gegen 6 Uhr auf dem Nachhausewege befand, begegnete ihm oberhalb seiner Wohnung ein Lastauto. E., der in demselben Moment über irgend einen Gegenstand strauchelte, kam zu Fall, und geriet mit dem linken Bein unter ein Hinterrad des mit einigen hundert Zentnern beladenen Kraftwagens. E. wurde von dem Führer des Wages und Nachbarn in seine Wohnung getragen. Der von Rade hinzugerufene Arzt Dr. Otto ordnete seine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus an. Der Autoführer entlud seinen Wagen und brachte den Verunglückten ins Radevormwalder Krankenhaus. Der Arzt stellte außer Quetschungen 8 Bein- und Fußbrüche fest. Die Erhaltung des Beines steht in Frage. Dieser Fall trifft den Verunglückten doppelt schwer, da er keiner Krankenversicherung angehört. Den Führer des Kraftwagens trifft keine Schuld.

= **Kreisch** b. Halver 13. März. Ein nichtswürdiges Bubenstück ist gegen den Baumschulenbesitzer Hugo Höngen verübt worden. Es sind ihm aus seinem zum Veredeln bereitstehenden Bestande 20 Stück Doncin, sogenannte Zwergunterlagen ausgerissen und zum Verderben auf einen Haufen geworfen worden. Die Tat ist um so verabscheuenswürdiger, da sie einen Racheakt gegen den Besitzer darstellen soll. Sie zeugt von großer Rohheit und zugleich niedriger Feigheit. Der Täter, dem man auf der Spur ist, sollte sich des Frevels gegen hilflos schwache Naturgeschöpfe schämen, abgesehen davon, daß er zugleich die Allgemeinheit durch diesen Vandalismus geschädigt hat.

):(**Schalksmühle,** 13. März. Die früheren Schüler der hiesigen Rektoratschule Hermann Franz, Gerhard Franz, E. Krägeloh und W. Grabowski bestanden an der Oberrealschule in Hagen die Reifeprüfung. — Die Schüler A. Morlinghaus und F. Schürmann erwarben das Einjährigenzeugnis unter Befreiung von von der mündlichen Prüfung.

* **Kierspe,** 15. März. Neubesetzung der Landjägerstelle. Mit dem 1. April wird die hiesige Landjägerstelle neu besetzt werden. Der letzte Inhaber dieser Stelle, Oberlandjäger Dörmann, wurde bekanntlich nach Dahlhausen a. d. Ruhr versetzt.

* **Kierspe,** 15. März. Zum Polizeibeamten der Gemeinde Kierspe wurde Amtsbote Ewald Schröder von hier durch die Amtsvertretung von Kierspe gewählt. Für die durch diese Wahl frei gewordene Amtsboten- und Vollziehungsbeamtenstelle mußte Ersatz geschaffen werden. Es hatten sich mehrere Bewerber für den Posten gemeldet. Die Vertretung wählte Leopold Schuster zu Bollwerk, der das Amt am 1. April ds. Js. nach erfolgter Bestätigung durch die Oberbehörde antreten wird.

Lüdenscheid, 14. März. Von den Franzosen beschlagnahmt wurde in den vorigen Tagen ein Lastauto der hiesigen Firma Feldhaus & Co. Die Wegnahme des Wagens, der für etwa 60 Millionen Mk. Metalle geladen hatte, erfolgte in der Nähe Wipperfürths. Der Firma F. ist durch die Wegnahme des wertvollen Transports durch die Franzosen ein Schaden von 100 Millionen Mk. entstanden.

Hagen, 13. März. Ein gemeingefährlicher Bursche wurde gestern vom Hagener Schwurgericht für längere Zeit unschädlich gemacht. Es handelt sich um den Platzmeister Friedrich Ebert in Hagen, einen Mann in mittleren Jahren, wegen Notzucht vorbestraft, der sich wegen vollendeter und versuchter Notzucht in zahlreichen Fällen zu verantworten hatte. Der gefährliche Bursche fuhr Sonntags früh ins Ennepe-, Volmetal- usw., ging in die Wälder und fahndete auf abgelegenen Wegen auf alleingehende Frauen und Mädchen. Mit Revolver und Dolch bedrohte er diese, um sie seinem Willen gefügig zu machen. Lange Zeit konnte der Verbrecher sein schändliches Unwesen treiben, bis er schließlich doch dem Oberlandjäger von Schalksmühle ins Garn lief. Im Interesse der Sicherheit der heimischen Wälder und zum Schutz der deutschen Frauenehre verhängte das Gericht eine exemplarische Strafe, indem es den Unhold zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte.

Hagen, 13. März. Erschossen hat sich gestern morgen in einem Walde in Eppenhausen ein junger Mann aus Mülheim, der hier die Schule besuchte. Unglückliche Liebe soll die Ursache zu diesem Schritt gewesen sein.

Hagen, 15 März. Hagen - Dieringhausen. Ab 10. März verkehrt an Tagen vor Sonn- und Feiertagen ab Hagen-Hauptbahnhof der Personenzug 1136 um 3,54 Uhr nachmittags nach Dieringhausen, und an Tagen nach Sonn- und Feiertagen der Personenzug 1135 ab Dieringhausen nach Hagen an 4,50 Uhr nachmittags.

Sitzung der Gemeinde-Vertretung Schalksmühle.

= **Schalksmühle,** 14. März.

In der letzten Gemeindevertretersitzung, die am Montag, den 12. März im Gasthof Husser stattfand, standen 4 Punkte zur Verhandlung.

1. Benutzung des Bahnsteigtunnels zwischen Staats- und Schmalspurbahnhof. Das Eisenbahnbetriebsamt in Hagen lehnt eine Ermäßigung der Gebühr für Benutzung des Bahnsteigtunnels auf 10000 Mk. ab und verlangt Anerkennung der höheren Summe von 30000 Mk. jährlich. — Vertretung ist der Ansicht, daß die Unterführung für die Gemeinde kaum noch Bedeutung hat, da der Verkehr zwischen Staats- und Schmalspurbahnhof nahezu aufgehört hat, nachdem die Schmalspurbahn nur noch bis Carthausen fährt. Schließlich findet aber ein Vermittlungsvorschlag Annahme, 15000 Mk. zu bewilligen, wenn die Gemeinde Halver sich in gleichem Maße beteiligt.

2. Antrag des Hauswarts H. auf weitere Erhöhung seiner Entschädigung. Der Antrag wird abgelehnt.

3. Antrag der Ortskrankenkasse Schalksmühle und der Betriebskrankenkasse der Firma Gebr. Jaeger auf Bewilligung eines laufenden Zuschusses. Mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Gemeinde, und um kleinen Berufungsfall zu schaffen, wird der Antrag abgelehnt.

4. Aufbringung des Gemeindefehlbetrages. Die Aufsichtsbehörde hat die Genehmigung dazu versagt, daß der Restbetrag von 5½ Millionen des Fehlbetrages für 1922 im Wege der Anleihe aufgebracht wird. Verlangt wird Deckung durch Steuererhebung. Ueber diesen Punkt entspann sich eine lebhafte Aussprache. Da die Aufsichtsbehörde mit Zwangsetatisierung droht, beantragte Vertreter R. Aussetzung des Beschlusses, um mit den Interessengruppen noch einmal in Verbindung zu treten, um sie über die veränderte Sachlage aufzuklären und ihre Stellungnahme dazu kennen zu lernen. Die Sitzung wurde darauf eine halbe Stunde unterbrochen, während welcher Zeit Fühlung genommen wurde mit dem Vertreter des Fabrikantenvereins und dem Vertreter des Kleingewerbes. Bei der folgenden Abstimmung waren 6 Stimmen für den Antrag der Aufsichtsbehörde und 2 für eine Umlage in Höhe des 4fachen Jahresbetrages der Gewerbesteuer. Damit wurde der frühere Beschluß umgestoßen und Zustimmung gegeben zu einer Umlage von 120 v. Tausend der Grundwertsteuer dem 8fachen Betrag der Gewerbesteuer und 9600 v. Hundert der Betriebssteuer.

Kleine Nachrichten.

Verhaftung von Selbstschutzleuten.

Berlin. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind Hauptmann a. D. Heydebreck, Schlosser Alfons Nierobisch in Hindenburg, Eisenbahnarbeiter Georg Janoschka in Hindenburg und Glasermeister Kowollik, gleichfalls aus Hindenburg in Schutzhaft genommen worden. Heydebreck agitierte in Oberschlesien für die Gründung verbotener Selbstschutzverbände. Die anderen Verhafteten sind sämtlich Führer sogenannter Selbstschutzgruppen und zwar derjenigen Formationen, die am 24. Februar d. Js. anläßlich des bekannten Fackelzuges in Hindenburg die Zusammenstöße mit der Schutzpolizei verschuldet haben.

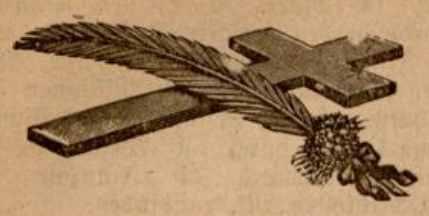
Verurteilungen durch französische Kriegsgerichte.

Recklinghausen. Das Kriegsgericht verurteilte den Kaufmann Issels, Vorsitzenden des kaufmännischen Vereins, zu sechs Monaten Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe, weil er auf Beschluß der Kaufmannschaft von Wanne keine Waren an die Franzosen verkaufte. Weiter wurde verurteilt der Amtmann Weiberg aus Wanne zu drei Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe, weil er sich geweigert hatte, Kohlen an die Franzosen zu liefern.

Berlin, 15. März. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 20 700.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Heute abend 11 Uhr entschlief sanft und ruhig nach langem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater Schwager und Onkel

Wilhelm Elbertshagen

im Alter von 71 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen

Stenkenberg bei Halver, den 14. März 1923.

Die Beerdigung findet am Montag, den 19. März, nachm. 3¼ Uhr vom Sterbehause aus statt.

Kranzspenden verbeten.

Herren-Anzüge Ersatz für Maß, reinwollene Qualität, zum Preise . . . von 160000.- und höher

Burschen-Anzüge von 80000.-

Schlüpfer . . . . . von 60000.-

Hosen . . . . . von 22000.-

an, in verschiedenen Qualitäten liefert das

Partiewaren-Haus

59 HAGEN i. W. Altenhagenerstraße nur **59**

Um meiner Kundschaft entgegenzukommen, bin ich bereit, solventen Käufern **erleichterte Zahlungsbedingungen** zu gewähren. Es genügt, um sich den Besitz eines erstklassigen Anzuges zu sichern, eine Anzahlung von

30000 Mark.

Ehem 88er

Samstag, den 17. d. M., abends 8 Uhr

Zusammenkunft

im Vereinslokal zwecks wichtiger Besprechungen.

Der Vorstand.

Sonntag, 18. März,
5 Uhr nachmittags
im Gasthof Plate in Kierspe

Vortrag

d. Herrn Lehrer Bremecke
über:

Rhein- und Ruhrbesetzung.

Mitglieder aller Parteien sind herzlich eingeladen. Eintritt 50 M. zum Besten der Ruhrhilfe.

Die Demokr. Partei.

Oeffentliche Steueranmahnung.

Alle rückständigen Steuern und Abgaben werden hierdurch angemahnt. Die Steuerpflichtigen der Gemeinde Kierspe werden an Zahlung bis zum 17. ds Mts erinnert. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Beitreibung auf Kosten der Säumigen im Zwangswege

Kierspe, den 12. März 1923.

Die Amts- und Gemeindekassen-Verwaltung.

Gewerbliche Fortbildungsschule Halver.

Ausstellung

der Schülerzeichnungen und praktischen Lehrlingsarbeiten

am **Sonntag, den 18. ds. Mts. in der Ostschule.**

Geöffnet von 11½ bis 1 und von 2 bis 6 Uhr.

Die Eltern und Lehrherrn der Schüler und alle Freunde der Schule werden zur Besichtigung eingeladen

Der Schulleiter: Mühlen.

Montangesellschaft Saar m. b. H.

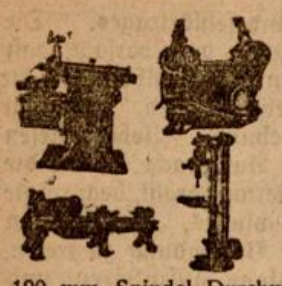
Niederlassung Hagen i. W.

Fernsprecher 4022, 4023, 4024, 4025. **Telegrammadresse Saarmontan.**

Eisen- u. Stahlerzeugnisse

jeder Art. 325

Gedenket der Ruhrspende!



Sofort ab Lager lieferbar:

Neue Werkzeugmaschinen.

1 Drehstrommotor, Sachsenwerk, 25 PS., 220/380, mit Anlasser, 1460 Touren, **1 Friktionsspindelpresse,** 100 mm Spindel Durchm.; je **1 Schwungradexzenterpresse,** 4½, 10, 15, 25, 30, 45 u. 55 t Druck; je 1 dito mit Rädervorgelege 30 u. 45 t Druck, **Shapingmaschinen** 200, 300, 350, 400, 500, 550 u. 650 mm Hub; etwa 75 **Tisch-Säulen-Schnellbohrmaschinen** 10—50 mm Leistung, **Drehbänke** mit Leit- und mit Leit- und Zugspindel, 150—300 mm Spitzenhöhe, 1—2 m Drehlänge; je 1 **Universal-Fräsmaschine,** Tischgröße 850×175 und 825×210 mm; ca. 15 **Bügelsägemaschinen,** 12—18" Sägeblattlänge; **1 Hochleistungsgewindeschneidemaschine Concordia,** bis 2½"; **4 Gewindeschneidemaschinen Viktoria,** 1¼, 1½"; etwa **20 Werkzeug- und Universalwerkzeugschleifmaschinen;** etwa **300 Handhebelblechscheren** für 3—15 mm Bleche; etwa **50 Handhebellochstanzen; 1 Bandsäge,** 750 mm Rollendurchmesser; **Tafelscheren,** 1 m Schnittlänge

Gebrauchte Maschinen.

Je 1 Abstechbank 80—100 mm (Biernatzky) **1 Hobelmaschine,** 3500×1100×1200 mm, **1 Doppel-Shapingmaschine** (Lange und Geilen) 500 mm Hub, 2000 mm Hobellänge, 4300 kg; **Revolverbänke** 18, 22, 32, 35, 37, 45, 50 mm Spindelbohrung; **ca. 25 Drehbänke,** 150—300 mm Spitzenhöhe, 1—2 m Drehlänge; **2 Einscheiben-Schnelldrehbänke** (Breuer, Schumacher & Co.) 320×1500 mm, á 5600 kg; **3 Horizontal-, 1 Plan-, 1 Handhebelfräsmaschine; Flächen- und Werkzeugmaschinen; 1 Härteofen,** Halbgasgenerator, Glühraum 800×300×200 mm, 3700 kg; **1 Wandbohrmaschine** 80 mm bohrend, **6 Handspindelpressen; 1 Exzenterpresse** mit Walzenvorschub, 1320 kg schwer, **Friktionsspindelpressen** 110 mm Spindel Durchm; **2 vierspindelige automat. Kreuzlochbohrmaschinen, je 1 Trägerschere** für NP 14 u. 18; **1 Lufthammer,** 100 kg. Aerzener.

Lagerbesichtigung erbeten.

Uebernahme freiwerdender Werkzeugmaschinen.

Maschinenfabrik

Alfr. Natorp

Inh.: **Adolf Klinke,** 2045

Haspe, (Westfalen), **Kohlenbahn 2.**

Fernsprecher Amt Hagen 350 und 351.

Mantel-, Kleider- und Blusenstoffe, Hemdentuch, Nessel, Biber und Handtücher, Siamosen-Druck, fertige Schürzen und Blusen, blauleinene Jacken, Arbeitshosen, Strickwolle usw.

Margarine frisch eingetroffen empfiehlt alles zu billigen Preisen.

Frau Rud. Feld, Halver,
Hohenzollernpark.

Samstag, den 17. März, im „Hotel z. Löwen"
Fr. Vormann, Halver

Ankauf von Metallen

zu konkurrenzlosen Preisen.

Heinr. Bernhard jr., Radevormwald
Telefon 134.

Theod. Becker,
Kierspe-Bahnhof,
Hauptstraße 767.
— Telefon Nr. 72, Amt Meinerzhagen. —

Sämtl. Schuhmacherbedarfs-Artikel

Leder, Gummi, Eisenwaren, Gummiabsätze und -Sohlen „Fimeha", Arbeitsschuhe, Schnürbänder in Leder, Macco u. Eisengarn, Sohlen im Ausschnitt an Jedermann. 234

Alleinverkauf der von der Firma Kurt Becker, Berlin hergestellten Lederabsätze und -Sohlen.

Vertretung der Papier- und Packmaterialien-Großhandlung August Liese, Hagen i. W.

Sofort ab Lager lieferbar

weit unter Fabrikpreis:

Drehstrom-Motoren

220/380 Volt, fabrikneu, Fabr. D. E. W., A. E. G. etc., 3 St. 1 PS., 3 St. 1,5 PS., 2 St. 2 PS., 7 St. 3 PS., 9 St. 4 PS., 12 St. 5 PS., 10 St. 7½ PS., 8 St. 10 PS., 3 St. 12½ PS., 3 St. 15 PS., 4 St. 30 PS, 1 St. 125 PS.

Ferner:

Gleichstrommotoren

fabrikneu, 1 St. 1,2 PS., 110 Volt; 1 St. 4 PS., 110 Volt; 4 St. 0.5 PS., 220 Volt; 2 St. 0,6 PS., 220 Volt; 3 St. 1 PS., 220 Volt; 3 St. 1,5 PS., 220 Volt; 3 St. 2 PS., 220 Volt; 1 St. 4,5 PS., 220 Volt; 2 St. 10 PS., 220 Volt; 2 St. 1,5 PS., 440 Volt; 1 St. 2 PS., 440 Volt; 3 St. 6 PS., 440 Volt; 6 St. 7,5 PS., 440 Volt; 4 St. 10 PS., 440 Volt; 1 St. 15 PS., 440 Volt.

Elektrizitäts-Gesellschaft

Brückner & Co., Hagen i. W.

— Telefon Nr. 259 und 3916. —

Habe stets auf Lager:
Große Auswahl in:

Herren-Anzüge	Damen-Kleider in Wolle u. Voal
„ Hosen	Damen-Mäntel
„ Paletots	Kostüm-Röcke
„ Schlüpfer	Woll- und Seiden-Jumper, Stoff-Blusen
„ Lodenjoppen	
usw.	usw.

Paul Schulte,
Herren- und Damen-Konfektion,
Halver i. W., Obernherweg Nr. 1.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen.

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
209 Fernruf 1897 und 3965

Moderne

Damen- und Herren-Garderoben

kaufen Sie vorteilhaft auch auf

Teilzahlung

im

Bekleidungshaus „Westfalia".
Hagen i. W.,
Elbers-Ufer 10, 1968
Eingang Haidenstr.

Wir **kaufen ständig:**

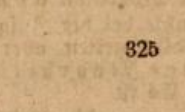
Alteisen, Altmetalle

(Blei, Kupfer, Messing, Zink)

zu angemessenen Tagespreisen. Größere Posten werden abgeholt. 2022

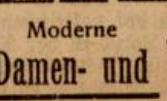
Firma Häusler, Kierspe-Bhf.
Telefon 143, Amt Meinerzh.

Freitag mittag erhalte ich



oldenb. Ferkel.

Hugo Kerspe, Halver
Telefon 52.



Frischen Fisch und grüne Heringe
empfiehlt
Fr. Bangert,
Halver.

Zur Konfirmation
empfehle:

Gesangbücher, Bibeln usw.

Wilh. Bell jr.,
Halver i. W.